

Niederschrift

Sitzung des Finanzausschusses des Amtes Geltinger Bucht

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.06.2021, 14:30 Uhr
Raum, Ort:	Großer Sitzungssaal, Holmlück 2, 24972 Steinbergkirche
Sitzungsbeginn:	14:30 Uhr
Sitzungsende:	16:30 Uhr

Anwesenheit

Anwesende:

Vorsitz

Herr Hans-Heinrich Franke Bürgermeister

Mitglieder

Herr Hermann Vollertsen Bürgermeister

Herr Kay-Uwe Andresen Bürgermeister

Herr Thomas Johannsen Amtsvorsteher/Bgm.

Herr Stefan Meyer Bürgermeister

Frau Maike Thomsen

Herr Björn With Bürgermeister

weitere Amtsausschussmitglieder

Herr Johannes Erichsen Bürgermeister

Vertretung für Sandra Hansen

Herr Boris Kratz Bürgermeister

Vertretung für Clemens
Teschendorf

Verwaltung

Frau Brigitte Lehnert

Frau Rosemarie Marxen-Bäumer

Frau Sandra Legant

Herr Stefan Boock

Herr Hauke Scharf

Protokollführung

Abwesende:

Mitglieder

Frau Sandra Hansen Bürgermeisterin

fehlt entschuldigt

Herr Clemens Teschendorf

fehlt entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und gegebenenfalls Beschluss über Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 2 Beschlussfassung über die in nichtöffentlicher Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkte
- 3 Beratung und Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2020
- 4 Bericht des Ausschussvorsitzenden
- 5 Bericht der Verwaltungsleitung und der Fachbereichsleitung Finanzen
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Beratung und Beschluss über die Anschaffung eines zusätzlichen Moduls zur Online-Terminvereinbarung
Vorlage: 2021-00AA-259
- 8 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

- 9 Eingruppierung der Fachkräfte für Abwassertechnik
Vorlage: 2021-00AA-255
- 10 Antrag auf Gewährung einer Altersteilzeit gem. § 63 Landesbeamtengesetz Schleswig-Holstein
Vorlage: 2021-00AA-254
- 11 Entgeltumwandlung zum Zwecke des Fahrradleasings; Beratung und Beschluss über die Umsetzung
Vorlage: 2021-00AA-256
- 12 Personalangelegenheiten

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und gegebenenfalls Beschluss über Änderungsanträge zur Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Gleichstellungsbeauftragte Frau Lehnert und die Vertreter der Verwaltung. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Es ergibt sich kein Widerspruch. Der Ausschuss ist beschlussfähig. Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

2. Beschlussfassung über die in nichtöffentlicher Sitzung zu behandelnden Tagesordnungspunkte

In den Tagesordnungspunkten 9 bis 12 werden schützenswerte Belange beraten. Der Vorsitzende beantragt, diese Punkte nichtöffentlich zu beraten.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt, die Tagesordnungspunkte 9 bis 12 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Abstimmung:

Anzahl der Mitglieder des Gremiums	davon anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	9	9	0	0

3 . Beratung und Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift der Sitzung vom 23.11.2020

Es werden keine Einwendungen zur Niederschrift vorgebracht:

4 . Bericht des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende berichtet kurz, dass immer noch ein Gespräch über die Finanzierung der Tourismuskosten aussteht. Dieses wurde bislang aufgrund der anhaltenden Pandemie nicht geführt.

Weiterhin teilt er mit, dass er regelmäßig in alle Organisations- und Personalentscheidungen im Amt eingebunden wird.

5 . Bericht der Verwaltungsleitung und der Fachbereichsleitung Finanzen

Die Leitende Verwaltungsbeamtin, Frau Marxen-Bäumer, berichtet

- über den Arbeitsalltag während der Pandemie, mit Schichtbetrieb bzw. Home-Office-Regelungen, Zutrittsregelungen mit Terminvergaben, etc.
- über die Umstrukturierung im Verwaltungsgebäude, mit der Ausgliederung des Finanzbereiches in das Gebäude Holmlück 15, dem Umzug des Standesamtes von Gelting nach Steinbergkirche, dem Umzug des Bauamtes in das Erdgeschoss und allen weiteren räumlichen Veränderungen.
- über die Neubesetzung einer Stelle im Ordnungsamt/Meldewesen.
- über das Thema „Digitale Sitzungen“, das, im Zuge der Pandemie, vor allem aus einer Gemeinde angefragt wird. Grundsätzlich müssen hierfür Hauptsatzungen geändert werden (teilweise schon geschehen) und datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Bisher konnte keine passende Softwarelösung gefunden werden.
- dass das Dokumentenmanagementsystem „regisafe“ beschafft wurde und die Einrichtungsarbeiten laufen.
- dass für die Schulen zwischenzeitlich 200 Schüler- und Lehrerendgeräte beschafft und in Betrieb genommen wurden.
- dass seit der Kommunalwahl 2018 mittlerweile das 28. Nachrückverfahren läuft.
- dass im Bauamt aktuell eine personelle Neuorganisation stattfindet, die aber durch vorübergehende Ausfälle (Elternzeit und Fortbildung) teilweise erschwert umsetzbar ist. Außerdem werden aktuell größere Maßnahmen in Gelting (Sportanlagen), Norgaardholz (Badebrücke und DLRG/Kiosk-Gebäude) sowie im Abwasserbereich (Kläranlage Wittkiel, Stenderup Süd, Quern-Nord und Hasselberg) begleitet. Auch Städtebauförderung, Ortskernentwicklungen und Bauleitplanverfahren binden aktuell große Kapazitäten.
- dass das Thema Corona im Ordnungsamt für sehr viel Mehrarbeit sorgt. Gemeinsam mit der Firma Nordsicherheit werden Kontrollen durchgeführt und Verstöße, vor Allem im Bereich des wilden Campens, aufgenommen. Es wurden bereits ca. 200 Verstöße erfasst und an die Bußgeldstelle des Kreises weitergeleitet.
- dass die Außenstelle in Gelting nach wie vor geschlossen ist. Ein Öffnungskonzept konnte bisher aus Zeitgründen nicht erstellt werden.

Ausschussmitglied Stefan Meyer fragt an, ob die Erfordernis für den Betrieb einer Außenstelle/Bürgerbüro in Gelting überhaupt noch besteht.

Der Amtsvorsteher Thomas Johannsen berichtet, dass aktuell ein Antrag auf sofortige Wiederöffnung der Außenstelle vorliegt. Die Verwaltung hat den Auftrag die Umsetzung eines ordentlichen Dienstbetriebes in diesem Gebäude zu prüfen. Hierbei sind die Regelungen in dem Fusionsvertrag zu beachten.

Herr Meyer bittet die Verwaltungsleitung um Zusendung des Fusionsvertrages.

Der Fachbereichsleiter Finanzen, Herr Scharf, berichtet wie folgt:

- Im März 2021 hat der Umzug in die Räumlichkeiten Holmlück 15 stattgefunden. Dank guter Vorarbeiten und einer sehr guten Unterstützung der Hausmeister konnte der Umzug reibungslos ablaufen.
Großzügige Räumlichkeiten bieten gute Arbeitsbedingungen. Allerdings kann schon jetzt festgestellt werden, dass der allgemeine Informationsaustausch sehr unter der räumlichen Trennung leidet.
- Nach dem Ausscheiden des Kollegen Wilhelm Schmidt wurden dessen Aufgaben von Ralf Porath übernommen. Außerdem wurden einige Aufgaben neu verteilt, so werden die Gemeinden Rabenholz und Stangheck jetzt von Ralf Porath betreut, während Hauke Scharf die Gemeinde Sterup übernommen hat.
- Wie bereits im Amtsausschuss berichtet, haben Innenministerium und Kommunalaufsicht eine zügige Aufarbeitung der rückständigen Jahresabschlüsse gefordert. Hierzu wurde gemeinsam mit der Kommunalaufsicht ein Fristenplan erstellt, der die Vorlage aller Jahresabschlüsse bis 2020 bis Ende September 2021 vorsieht.
Zur Umsetzung des Planes wurden in der Corona-Hochphase sehr viele Überstunden im Rahmen einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung geleistet. Seit Dezember 2020 wurden drei Eröffnungsbilanzen und 35 Jahresabschlüsse aufgestellt. Der gesteckte Zeitrahmen bis Ende September kann eingehalten werden.
- Die Vorbereitungen auf die Einführung der Umsatzsteuerpflicht ab 2023 wurden aufgrund der dringenden Arbeiten zu den Jahresabschlüssen etwas zurückgestellt, werden aber zeitnah wieder verstärkt aufgenommen.
- Für den Hafenbetrieb Maasholm wird aktuell ein neues Kassensystem eingeführt, um hier die Betriebssicherheit zu erhöhen und den Buchungsaufwand in der Verwaltung möglichst zu verringern. Hierzu bedarf es allerdings eines sehr umfangreichen Einführungsprozesses.
- In der 20. bis 22. Kalenderwoche war das Gemeindeprüfungsamt zu einer unvermuteten überörtlichen Kassenprüfung im Hause. Der Prüfungsbericht wird erwartet, gravierende Beanstandungen wird es aber voraussichtlich nicht geben.
- Das Thema Tourismusabgabe wurde in der vergangenen Woche im Touristikausschuss des Amtes angesprochen. Herr Wolfgang Beushausen, ehemaliger Mitarbeiter im Amt Eiderstedt, hat über die Möglichkeiten einer Abgabeerhebung gesprochen. Vor allem die Gemeinden, die aktuell noch keine Tourismusabgabe erheben, sollten sich dieses Themas annehmen.
- Auch gegen die neue Regelung der Zweitwohnungssteuer wurden bisher rund 65 Widersprüche eingelegt. Mit wenigen Ausnahmen werden diese Widersprüche von Seiten des Amtes zurückgewiesen. In vier Fällen liegen bereits Klagen vor dem Verwaltungsgericht vor.
- Aktuell halten acht Gemeinden Anteile bei der SH-Netz AG. Eine Gemeinde hat einen Großteil ihrer Anteile verkauft und drei Gemeinde haben ihren Bestand erweitert. Insgesamt vier Gemeinden haben ihre Beteiligung durch eine Kreditaufnahme finanziert.
- Für eine amtsangehörige Gemeinde wurde ein Antrag auf Fehlbetragszuweisung für das Haushaltsjahr 2020 gestellt - hier liegt noch keine Antwort der Kommunalaufsicht vor. Es gibt weitere Bedarfsgemeinden im Amt, für die eventuell für 2021 eine Fehlbetragszuweisung beantragt werden kann/muss.
- Für die Verwarentgelte wird die Freibetragsgrenze erneut gesenkt und beträgt jetzt teilweise nur noch 100.000 € je Konto. Zur Vermeidung von Verwarentgelten wird im Bereich der Finanzbuchhaltung ein hoher Aufwand betrieben. Bestände müssen ständig

zwischen den vorhandenen Konten hin und her bewegt werden. Hierbei muss die Liquidität aber jederzeit erhalten bleiben, um Überziehungszinsen zu vermeiden. In der aktuellen Situation ist es mehr denn je zwingend erforderlich größere Zahlungsbewegungen sehr rechtzeitig in der Finanzbuchhaltung anzumelden.

6 . Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

7 . Beratung und Beschluss über die Anschaffung eines zusätzlichen Moduls zur Online-Terminvereinbarung **Vorlage: 2021-00AA-259**

In Zeiten der Corona Pandemie ist unter anderem die Erledigung von Angelegenheiten im Einwohnermeldeamt ausschließlich über eine vorherige telefonische Terminvereinbarung möglich. Ein großer Nachteil ist, dass die Termine ausschließlich während der täglichen Kernarbeitszeit vereinbart werden können. Bürgern ist es somit nicht möglich, Termine außerhalb dieser Zeiten zu buchen bzw. verfügbare Termine einzusehen. Weiterhin ist das derzeitige Verfahren sehr umständlich, da die Termine manuell durch einen Sachbearbeiter vergeben, erfasst und dann täglich an die zuständigen Kollegen des Einwohnermeldeamtes weitergeben werden.

Viele Bürgerinnen und Bürger fragen außerdem per E-Mail über das allgemeine Postfach nach einem Termin an. Auch diese Anfragen müssen weitergeleitet und beantwortet werden.

Da auch weiterhin an der Vergabe von Terminen im Einwohnermeldeamt festgehalten werden soll, sollte das Verfahren auf Sicht vereinfacht werden.

Es liegt ein Angebot der Fa. Advantic zur Erweiterung der **amtseigenen Homepage** um das iKiss-Modul der Online-Terminvereinbarung (OTV) vor. Im Rahmen der Digitalisierung ist die Online-Terminvereinbarung ein unverzichtbares Werkzeug für einen zeitgemäßen Bürgerservice. Mit Hilfe dieses Moduls ist es den Bürgern jederzeit möglich, schnell und unkompliziert auf verfügbare Termine zurückzugreifen und diese online zu reservieren. Der Bürger würde beispielsweise direkt auf der Startseite der amtseigenen Homepage zur OTV geleitet werden und kann nach Auswahl der gewünschten Dienstleistung auf den nächsten verfügbaren Termin eines Sachbearbeiters zurückgreifen. Das System erkennt anhand der Dienstleistung und der damit hinterlegten Bearbeitungsdauer automatisch den als nächsten verfügbaren Sachbearbeiter und weist die freien Termine aus.

Ein weiterer Vorteil ist, dass umgehend nach der Buchung eines Termins, der entsprechende Sachbearbeiter sowohl im Rahmen einer Mail informiert, als auch der Termin automatisch im Outlook-Kalender eingetragen wird. Die Administration dieses Moduls erfolgt nach umfassender Schulung im eigenen Hause.

Die Höhe der einmaligen Lizenzkosten beläuft sich auf insgesamt rund 7.000,00 € brutto. Im Rahmen der jährlichen Pflegekosten für Softwarewartungen und Upgradepauschalen fallen Kosten in Höhe von rund 1.500,00 € an. Für die Lizenzkosten sind Haushaltsmittel bereits eingeplant. Die Schulungskosten werden gem. Angebot nach Aufwand abgerechnet und sind über eine Minderausgabe im Haushalt gedeckt.

Beschluss:

Der Finanzausschuss des Amtes Geltinger Bucht beschließt die Einführung der Online-Terminvereinbarung im Rahmen eines zusätzlichen iKiss-Moduls der Fa. Advantic. Die einmaligen Lizenzkosten belaufen sich auf rund 7.000,00 € brutto. Jährliche Betriebskosten fallen in Höhe von rund 1.500,00 € brutto an. Der Amtsvorsteher wird ermächtigt den Auftrag entsprechend dem vorliegenden Angebot der Fa. Advantic zu erteilen.

Abstimmung:

Anzahl der Mitglieder des Gremiums	davon anwesend	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	9	9	0	0

8. Verschiedenes

Herr Stefan Boock berichtet über eine allgemeine Studie über die Verwaltung in Krisenzeiten. Hier werden aufgetretene Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Verwaltung des Amtes Geltinger Bucht in der Lage ist, zügig auf derartige Situationen zu reagieren. Dennoch muss festgestellt werden, dass durch die getroffenen Maßnahmen (z.B. Home-Office im Schichtbetrieb) auch erhebliche Einschränkungen im Dienstbetrieb entstehen und sich einige Leistungen einer Kommunalverwaltung (z.B. Einwohnermeldewesen) nicht im Home-Office darstellen lassen.

Hierzu ergänzt Frau Marxen-Bäumer mit einem Bericht über die „Home-Office-Arbeitsplätze“ der Kollegen*innen. Hier muss festgestellt werden, dass diese Arbeitsplätze nahezu ausschließlich die Bestimmungen für einen Home-Office-Arbeitsplatz nicht erfüllen. Aufgrund der besonderen Situation musste man diese Einschränkungen aber in Kauf nehmen.

Vorsitz
Hans-Heinrich Franke
Ausschussvorsitzender

Protokollführung